

Berlin, 18. November 2022

PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:

Kronenstr. 73 • D-10117 Berlin

fon: +49 30 4432700 • fax: +49 30 44327022

geschaeftsstelle@djB.de • <https://www.djB.de>

Geschlechtergerechte Klimapolitik – von der COP27 muss ein Zeichen ausgehen

Im ägyptischen Sharm El-Sheik tagte bis heute die 27. UN-Weltklimakonferenz (COP27). Unter dem Vorsitz Ägyptens verhandelten dort Vertreter*innen von fast 200 Staaten über die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Erdatmosphäre.

Das völkerrechtliche System zur Eindämmung des Klimawandels, die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, ist durch die aktuellen geopolitischen Entwicklungen unter Druck geraten. Die Hoffnungen an die COP27 waren gleichwohl groß, dem Schutz des Klimas auf der ganzen Welt Priorität zu verschaffen. Im Übereinkommen von Paris hatte sich die Staatengemeinschaft 2015 vorgenommen, die globale Erhitzung auf deutlich unter 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, um Menschen weiterhin ein sicheres Leben auf der Erde zu ermöglichen. Seither ringt die Staatengemeinschaft in der jährlich stattfindenden Konferenz um die Realisierung dieses Ziels.

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djB) beobachtet aufmerksam die Geschehnisse auf der Konferenz. Denn die Eingrenzung der globalen Erhitzung muss von der Wissenschaft und der Rechtspolitik auch in Deutschland begleitet werden.

Die Präsidentin des djB, Prof. Dr. *Maria Wersig*, erklärt: „Dürre, Hitze und Starkregen-Ereignisse haben Auswirkungen auf uns alle, in allen Ländern dieser Welt. Gleiches gilt für den prognostizierten Anstieg des Meeresspiegels. Ein gelingendes völkerrechtliches Klimaschutz-System besteht aus vielen Elementen, die nur dann Erfolg haben werden, wenn alle Bevölkerungsgruppen in allen Ländern und auch in Deutschland gleichermaßen an ihrer Aushandlung und Umsetzung beteiligt werden.“

Wissen und Erfahrung von Frauen müssen in nationalen Beratungen noch aktiver eingebunden werden, Frauen müssen national und international mitentscheiden. Denn Frauen und Mädchen sind aufgrund ihrer nach wie vor vielfach prekären gesellschaftlichen Lage besonders stark vom Klimawandel betroffen. Klimaschutz ist deswegen ein feministisches Anliegen.

Der djB nimmt die COP 27 zum Anlass, die Situation in Deutschland und der Welt im Bereich des Klimaschutzes verstärkt kritisch-konstruktiv zu begleiten und entsprechende rechtspolitische Akzente in seiner Arbeit zu setzen.

Der djB hofft, dass die Verhandlungsergebnisse von Sharm El-Sheik nun tatkräftig umgesetzt werden!